

Tagungen

Woche der Wissenschaft 1970

Der Abstand zwischen der Armut der armen Welt und dem Reichtum der reichen Welt wird immer größer. Es gibt genügend Anzeichen, daß der Gegensatz Nord — Süd den Ost-West-Konflikt zunehmend überdeckt; die Habenichtse der Dritten Welt beginnen gemeinsame Front gegen die eigensüchtigen Interessen der Industrienationen zu machen, seien diese nun kapitalistischer oder sozialistischer Provenienz. Die Kluft wächst, während gleichzeitig die Zahl der mit „Entwicklungshilfe“ befaßten Organisationen fortwuchert und ein nicht kleiner Prozentsatz der Wählerschaft in den Industrieländern sich bitterlich über die angebliche Verschwendung von Steuergeldern an Entwicklungsländer beklagt.

Wenn der DGB, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und die Ruhr-Universität Bochum als Veranstalter beschlossen, die diesjährige Woche der Wissenschaft in Recklinghausen unter das Thema der Beziehungen zur Dritten Welt zu stellen, so durfte man sich davon nicht nur Aufklärung darüber erhoffen, weshalb die Armen in diesen Ländern arm bleiben, sondern — über das vorwiegend aus Lehrern bestehende Publikum — auch einen Beitrag zum Abbau von Vorurteilen gegen den

Gedanken der Entwicklungshilfe erwarten. Zunächst hatten zum Thema „Weltinnenpolitik — Möglichkeit oder Utopie“ die Außenpolitiker, Friedensforscher und Futurologen *Theodor Ebert, Ossip K. Flecbtheim, Richard Löwenthal, Arnold Künzli* und *Dieter Senghaas* das Wort zur theoretischen Grundlegung.

Japan, China, Indien

Unter dem feuilletonistischen Titel „Asien zwischen Tradition und Moderne“ standen am zweiten Tag die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systeme dreier asiatischer Länder — nämlich Japans, Chinas und Indiens — zur Debatte. Leider war das Kurzreferat, das Dr. *Sung-Jo Park*, Assistent am Institut für Entwicklungsforschung der Ruhr-Universität, zum Thema Japan verlas, den Verriß wert, den Kritiker vom Podium und aus dem Publikum ihm bereiteten. Park wollte seinem Auditorium weismachen, daß traditionelle Elemente der japanischen Gesellschaftsordnung, wie die überkommenen Gemeinschafts- und Familienbindungen, nicht nur das schnelle wirtschaftliche Wachstum ermöglicht hätten, sondern auch die Voraussetzung für das harmonische Glück einer angeblich konfliktfreien Gesellschaft darstellten.

„Der Japaner als Arbeitgeber kommt einer Vaterfigur gleich, die für das Wohlergehen aller Angestellter in seinem Betrieb verant-

wortlich ist, wobei seine Angestellten dem Arbeitgeber Treue und Ergebenheit erweisen . . . Der Arbeitgeber ist tolerant und hält sein Wort, obwohl betriebliche Vereinbarungen meistens mündlich erfolgen; er fragt seine Betriebsangehörigen um Rat und beteiligt sie an Entscheidungen." Was Wunder, daß ein solchermaßen gehätschelter Arbeitnehmer sogar bereit ist, „auf Lohnanteile zu verzichten, bis seine Firma zur Zahlung in der Lage ist“.

Dr. *Bernhard Großmann*, Direktor des Instituts für Asienkunde in Hamburg und ehemaliger Leiter des Deutschen Kulturinstituts in Tokyo, wies den Referenten darauf hin, daß in den am schnellsten wachsenden Industriezweigen Japans und in den großen auf dem internationalen Markt auftretenden Konzernen das Leistungsprinzip längst die lebenslange Betriebszugehörigkeit und die faktische Unkündbarkeit des japanischen Arbeiters abgelöst hat. Auch in anderen Industriezweigen ist es mit dem patriarchalischen Wohlwollen der Unternehmer nicht weit her: neben den Stammarbeitern eines Betriebes gibt es eine Reservarmee von Gelegenheitsarbeitern, die jederzeit entlassen werden können und um deren soziale Absicherung sich niemand kümmert.

Im Verlauf der weiteren Diskussion wurde deutlich, daß für die Entwicklung in der Dritten Welt weniger die japanischen Erfahrungen als die Beispiele Indiens und der chinesischen Volksrepublik maßgebend sind. Japan war nie Kolonie, im Gegenteil, es hat selbst einige seiner asiatischen Nachbarn ausgebeutet; seine Industrialisierung setzte kaum später ein als zum Beispiel die Industrialisierung Deutschlands.

China und Indien hingegen standen nach dem Zweiten Weltkrieg vor ähnlichen Aufgaben: nämlich eine bitter arme agrarische Gesellschaft, der nur eines in überreichlichem Maß zur Verfügung stand: Bevölkerung, so umzugestalten, daß für alle ein einigermaßen menschenwürdiges Leben ermöglicht würde.

Während die kommunistische Partei Chinas mit der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln und Boden und mit der (zunächst am sowjetischen Vorbild orientierten) Planwirtschaft eine tiefgreifende Umwandlung der Gesellschaftsstruktur einleitete, blieb in Indien auch nach der Unabhängigkeit das traditionale Gesellschaftsgefüge mit seinen Jahrtausende alten, aus Besitz- und Kastenstrukturen resultierenden Abhängigkeiten erhalten, ebenso wie der Privatkapitalismus im jungen industriellen Sektor des Landes. Die Abhängigkeiten und Ungerechtigkeiten der indischen Gesellschaftsordnung hoffte man auf evolutionärem Weg, über die Institutionen der vom Westen übernommenen liberalen Demokratie, zu überwinden, das wirtschaftliche Wachstum mit Hilfe von Krediten der Industrieländer zu beschleunigen.

Wenn auch seit 1960 aus der Volksrepublik China keine statistischen Daten mehr zu er-

halten sind und man in der Forschung daher auf die Mosaikmethode angewiesen ist (wobei der chinesische Außenhandel aufschlußreich ist), steht dennoch fest, daß China der Lösung seiner Entwicklungsprobleme sehr viel näher ist als Indien — in dieser Schlußfolgerung waren sich Dr. *Bernhard Großmann* und Dr. *Detlev Kantowsky*, Indien-Experte und Soziologie-Dozent an der Universität Konstanz, einig. Nach der Abkehr vom sowjetischen Vorbild und dessen einseitiger Konzentration auf den Aufbau der Schwerindustrie gelang China eine harmonische, wenn auch langsame Entwicklung in allen Sektoren der Wirtschaft; die Förderung des agrarischen Bereichs schuf den für die industrielle Entwicklung notwendigen landwirtschaftlichen Überschuß, während der Aufbau von Klein- und Mittelbetrieben, in enger Verquickung mit der Landwirtschaft den Überschuß an Arbeitskräften aufnahm — die vielbelächelten Kleinhochöfen der Volkskommunen hatten immerhin den Vorteil, die bäuerliche Bevölkerung mit industriellen Fertigkeiten bekannt zu machen. Noch wichtiger war aber die Ersetzung der zentralen Planwirtschaft sowjetischen Musters durch die Dezentralisierung der Entscheidungen; dies und die strenge Wahrung des Gleichheitsprinzips haben im Gegensatz zu den bürokratisch-sozialistischen Ländern Europas die unmittelbare Beteiligung der Masse der Bevölkerung an der Politik des Landes ermöglicht — sie empfindet den Aufbau des Landes als ihre eigene Sache. Dr. *Großmann* nannte die fünf Grundprinzipien nach denen sich China unter der Führung *Mao Tse-Tungs* entwickelt:

1. Politik der Eigenständigkeit — es gibt keine Verschuldung durch ausländische Kredite;
2. Dualismus der Entwicklung von Kleinbetrieben und Schwerindustrie;
3. Dezentralisierung der Entscheidungen — aber die Kader der Partei achten auf die Einhaltung einer Generallinie;
4. Förderung der Landwirtschaft;
5. Schwerpunktaktionen gegen ungleichmäßige Entwicklung verschiedener Sektoren.

Die hinter der demokratischen Fassade weiter bestehenden Privilegien der herrschenden Schichten Indiens haben sowohl verhindert, daß die indischen Massen von der Bedeutung der Entwicklungspläne ergriffen wurden, als auch, daß der trotz allem erzielte wirtschaftliche Mehrwert in produktiver Weise reinvestiert wird (er wird von der kleinen Schicht, die sich diesen Mehrwert aneignet, überwiegend für Luxusgüter ausgegeben).

„*Entwicklungshilfe für Asien — Imperialismus oder Partnerschaft?*“

Der Vergleich China — Indien spielte auch am folgenden Nachmittag eine Rolle, der der

Entwicklungspolitik im engeren Sinn gewidmet war. Dr. *Prodosh Aich*, Volkswirt und Soziologe, und der schwedische Futurologe *Jan Fjellander* betonten erneut, daß in China die gesellschaftliche Arbeit mit Begeisterung verrichtet wird, während in Indien nicht so sehr die Armut der Massen als ihre grenzenlose Apathie schockiert. In einem solchen System, in dem Initiative, die von unten kommt, bestraft wird, weil sie die Position der Herrschenden in Frage stellen könnte, kann Entwicklungshilfe nur der Absicherung des gesellschaftlichen Status quo dienen, meinte Prodosh Aich.

Dieser Ansicht widersprach der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. *Erhard Eppler*. Er zitierte das Beispiel eines peruanischen Staudammprojekts, bei dessen Finanzierung die Bundesregierung durchsetzen konnte, daß nicht nur Großgrundbesitzerland bewässert wurde, sondern Kleinbauernland in gleicher Weise profitierte. Gleichzeitig betonte Eppler, daß der Spielraum für solche Einflußnahme im Rahmen der bilateralen Hilfe begrenzt sei, wolle man sich nicht dem Vorwurf der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes aussetzen.

Dieses Argument wies Aich mit dem Hinweis zurück, daß die Industrieländer laufend in die inneren Angelegenheiten der unterentwickelten Gebiete eingriffen, indem sie durch die billige Ausbeutung von Rohstoffen und durch einseitig am Interesse der Kreditgeber ausgerichtete Investitionen das Wirtschaftssystem dieser Länder zu ihrem Vorteil beeinflussten. Eppler antwortete wenig überzeugend, daß wir in einer „interdependenten Welt“ leben, in der über die Außenhandelsbeziehungen jeder von jedem abhängt. Daß sich diese gegenseitige Abhängigkeit für einige auf Kosten vieler gut bezahlt macht, läßt sich daran ablesen, daß die Kluft zwischen reichen und armen Ländern ständig breiter wird. Ob diese Kluft trotz oder wegen der Leistung von Entwicklungshilfe wächst, wollte Eppler von seinen Gesprächspartnern auf dem Podium wissen.

Teilweise lag die Antwort in den Thesen, die der niederländische Wirtschaftswissenschaftler Professor *Louis Jacques Zimmermann* (Amsterdam und Brüssel) zu Beginn der Diskussion vorgelegt hatte und deren wichtigste lautete: „Entwicklungshilfe“ ist getarnte Exportförderung; rund 80 % der staatlichen Kapitalhilfe an Entwicklungsländer fließt zunächst in der Form von Aufträgen in die Industrieländer zurück, später ein zweites Mal in der Form von Zins- und Schuldendiensten.

Was nötig wäre um diese staatliche Exportförderung, genannt Entwicklungshilfe, in wirkliche Hilfe umzuwandeln, umriß Professor Zimmermann mit folgenden Vorschlägen:

1. Abbau von Zollschränken gegenüber Industrieerzeugnissen aus der Dritten Welt;

2. Verarbeitung der Rohstoffe in den Herkunftsländern;

3. Abschaffung ausländischer Anteilmehrheiten von in Entwicklungsländern tätigen Unternehmen;

4. Annullierung aller aus staatlicher Hilfe resultierenden Verpflichtungen der Entwicklungsländer.

Vom Diskussionsleiter *Rudolf Mühlenzl* gebeten, aus seiner Sicht zu diesen Forderungen Stellung zu nehmen, sprach sich Eppler ebenfalls für einen Abbau der Zollmauern aus und verwies auf entsprechende Verhandlungen im Rahmen der GATT. Zur Frage der Annullierung der Schulden meinte der Minister jedoch, dies bedeute eine nicht gerechtfertigte Bevorzugung der zahlungssäumigen Länder gegenüber denen, die ihren finanziellen Verpflichtungen bisher nachgekommen seien. Für Zimmermann dagegen nimmt die „Schuldenexplosion“ inzwischen Dimensionen an, die mit denen der „Bevölkerungsexplosion“ durchaus vergleichbar seien. Der Schuldenberg war bereits 1967 auf 160 Mrd. DM angewachsen, die Steigerungsraten waren für 1965 17 %, für 1966 10 %. Dr. Aich fragte in diesem Zusammenhang, wie es denn eigentlich mit der Rückzahlung der den USA und Europa zu Beginn der Industrialisierung durch die damaligen Kolonien gewährten „Kredite“ bestellt sei. Eine Frage, auf die der Minister nicht so recht einzugehen bereit war, obwohl er im Prinzip die Geburtshelferfunktionen der kolonialen Ausbeutung für die industrielle Revolution anerkannte.

Der wachsenden Schuldenlast der Entwicklungsländer steht ein ständig sinkender Anteil dieser Gebiete am Welthandel gegenüber, die Preise für Rohstoffe, die Hauptausfuhrprodukte dieser Länder, haben eine fallende Tendenz, während die Preise für industrielle Fertigprodukte, auf deren Import die Entwicklungsländer angewiesen sind, weiter emporklettern. Als Jan Fjellander schließlich die Hypothese aufstellte, das kapitalistische System der Produktion und Verteilung sei auf diesen „ungleichen Austausch“ zwischen Nord und Süd angewiesen, rührte er damit an die Grundfragen der Entwicklungspolitik überhaupt: Ist die „Hilfe“ an unterentwickelte Länder vielleicht nichts weiter als ein sehr bescheidenes Feigenblatt, das die Blöße einer auf ungleichem Warenaustausch basierenden Ausbeutung bedeckt, diese um so mangelhafter bedeckt, je mehr es gleichzeitig dazu dient, die sozialen Verhältnisse zu perpetuieren, die den Entwicklungsländern die Loslösung aus dem imperialistischen System verwehren? Leider blieb nicht Zeit, diese Fragen auszudiskutieren, aber für die Pädagogen unter den Zuhörern dürfte das bisherige Streben, Verständnis für „Entwicklungshilfe“ schlechthin zu wecken, doch problematisiert worden sein.

„Entwicklung durch Erziehung und Wissenschaft“

Von diesem kritischen Impuls war leider an den zwei letzten Tagen der Woche der Wissenschaft nicht mehr viel zu spüren. Das Podiumsgespräch um den „Bildungsexport“ hätte die Ergebnisse des Vortrags mit einbeziehen müssen, um auch hier zumindest die Frage zu stellen, wem es denn nutzt, wenn wir, die Industrienationen, Teile der Bevölkerung in den unterentwickelten Gebieten mit den Errungenschaften westlicher Kultur beglücken. Interessanterweise war es einem Repräsentanten der Konrad-Adenauer-Stiftung, Klaus Nöldner, zu verdanken, daß das Problem, inwieweit soziale Veränderungen Voraussetzung für den Erfolg von Bildungsmaßnahmen in der Dritten Welt sind, überhaupt berührt wurde.

Am letzten Tag („Die Eine Welt als pädagogische Aufgabe“) war man sich einig, daß des Problembewußtsein in bezug auf die Dritte Welt in den Schulen entwickelt werden muß. Offen blieb die Frage, wie ein so gewecktes Bewußtsein zur veränderten und verändernden Praxis der Entwicklungshilfe führen kann, einer Entwicklungshilfe, von der man guten Gewissens behaupten kann, daß sie dazu dient „die Lebensbedingungen für alle auf diesem Globus einigermaßen erträglich zu machen.“ (Erhard Eppler).

Claudia Pinl

„Asien im Film“

Deutschen Arbeitern Solidarität mit den Arbeitern Asiens zu lehren, indem man ihnen die Probleme dieses Erdteils verständlich macht, sei die Aufgabe der Veranstaltungsreihe „Begegnung mit Asien“ auf den diesjährigen Ruhrfestspielen, sagte deren Leiter zur Eröffnung des medienkritischen Seminars „Asien im Film“, das vom 19.—21. Juni in Recklinghausen stattfand. Wie dies zu machen sei, wußte man allerdings nach drei vollen Tagen mit Filmvorführungen, Vorträgen und Diskussionen auch nicht. Dr. Funke vom Goethe-Institut in München resümierte nach einer äußerst kritischen Untersuchung des Dokumentarfilms über Asien folgendermaßen: Auf dem Weg nach Asien hat der Film seine Schlüsselstellung zwar erkannt, aber nicht genutzt.

Ich hatte jedoch den Eindruck, daß die Redakteure und Produzenten in den Fernsehanstalten die Bedeutung ihres Mediums für die Verständigung mit der Dritten Welt nicht erkannt oder verkannt haben. Mit Ausnahme des ZDF-Korrespondenten Carl Weiss, der notwendigerweise zum Prügelknaben des Seminars wurde und eines Redakteurs waren die Adressaten der Kritik trotz Einladung nicht erschienen. Ist man sich bei der ARD und

beim Zweiten Deutschen Fernsehen seiner Sache so sicher, oder vielleicht so unsicher?

Die dargebotenen Kurzfilmbeispiele (Kinovorfilm, Unterrichtsfilm, Auftragsfilme der Industrie und Regierung und Cineastenfilme), die bewußt aus der Durchschnittsproduktion ausgewählt waren, rechtfertigen eigentlich nur die zweite Deutung. Keiner der Filme konnte die — wie ich meine — berechtigte Forderung nach Information über die abgebildete Wirklichkeit erfüllen. Objektivistisch verbrämte Bilderungen von Statistiken und Allgemeinplätzen über ein Land (wie es Münchner Filmstudenten ausdrückten) versagen vor der Aufgabe, die vorgeprägte Realität Asiens durchschaubar zu machen; sie festigen vielmehr das schon vorhandene Klischeebild europäischer Zuschauer. Der Gegenstand ist meist zu sehr dem Reiz des Bildes und der Farbe unterworfen. Daß man mit Filmen wie „Revolution im Paradies“ über Indonesien und „Buddhas, Dollars, Thron und Seide“ über Thailand den Zuschauer unterhaltsam manipuliert statt informiert, wollte ihr Autor Weiss nicht akzeptieren; er argumentierte mit Sachzwängen, die sich zum Beispiel aus dem Publikums geschmack, der vorgegebenen Zeit von 30 oder 45 Minuten, durch den Vorrang der Bildung gegenüber dem Text und der Forderung nach Aktualität ergäben. An dieser Stelle hätte das Seminar einsetzen müssen, indem es Kriterien für bessere Dokumentarfilme erarbeitet und den offensichtlich nur unterschwellig existierenden Konsensus bei den Produzenten und Auftraggebern darüber untersucht hätte, wie man solche Filme zu machen habe.

Daneben wurden europäische Spielfilme über Asien von bekannten Regisseuren wie Malle, Brissot und Pasolini gezeigt, aber auch diese enttäuschten, weil sie wohl formal brillant waren, aber ihren Stoff nur in Ausschnitten (und dabei teilweise sehr subjektiven) behandelten. Asiatische Spielfilme aus Japan und Indien, die in der Bundesrepublik zu sehen sind, korrigieren ebensowenig das mit Vorurteilen belastete Asienbild der Deutschen, da sie, unter kommerziellen Gesichtspunkten ausgesucht, gar kein Interesse daran haben, ihr Publikum in punkto Asien umzuerziehen, sondern im Gegenteil negative Stereotype über Asiaten, wie Brutalität und Sadismus, nur noch verstärken. Ein Lichtblick waren ein kirgisischer Spielfilm und aus Delhi mitgebrachte Beispiele junger indischer Filmemacher, die außerhalb des offiziellen indischen Spielfilmprogrammes arbeiten.

Medienkritik ist eine wichtige Sache, nur sollte sie besser vorbereitet und in einem sinnvoller Rahmen betrieben werden als dieses Recklinghauser Seminar, bei dem sich die beteiligten Fachleute sehr bald darüber einig waren, daß man über Asien jedenfalls so nicht berichten solle.

Barbara Skriver

Arbeitswelt und Literatur

Der Werkkreis „Literatur der Arbeitswelt“ (Köln), eine Vereinigung von Arbeitern und Angestellten, die in örtlichen Werkstätten mit Schriftstellern, Journalisten und Wissenschaftlern zusammenarbeiten, und die Literarische Werkstatt der Volkshochschule Gelsenkirchen, veranstalteten ein Seminar über gemeinsame Probleme des Schreibens und mit Autorenlesungen. *Günter Wallraff* referierte über das Thema „Wie schreibt man Industrie-Reportagen?“ und *Friedrich Kürbisch*, Herausgeber einer kürzlich erschienenen Anthologie von Arbeiterdichtung, sprach über „Schreiben in der Arbeitswelt“.

Wallraff ging von der Überzeugung aus, daß Schreiben zur Änderung der Gesellschaft beitragen müsse und daß die Arbeit an einer Reportage nicht von einem Autor allein geleistet werden könne. Die Form der Reportage hält er für besonders geeignet, Betriebe zu durchleuchten. Diese sollten namentlich genannt werden; wo allerdings Arbeitnehmer, die Informationen erteilen, Repressalien seitens der Unternehmensleitung zu befürchten hätten, müßte das Material so aufbereitet werden, daß der Informant nicht zu erkennen sei. In der Kölner Werkstatt entwickelt Wallraff zur Zeit zusammen mit anderen Autoren Fragebogen zu diesem Zweck. Für Wallraff steht der kritische Aspekt der Veränderung und Demaskierung durch Schreiben im Vordergrund, die Herstellung von Kunst und Kunstgenuß dienen seiner Meinung nach nur der Verhüllung des gesellschaftlichen Zustandes. Durch Schreiben sollen zugleich die Fähigkeiten der Autoren entwickelt werden, gegen Unterdrückung zu rebellieren, sie nicht mehr ertragen zu können. Darin erblickt er die kultivierende Aufgabe des Schreibens. Kürbisch dagegen hielt für das wichtigste, daß die Arbeiterdichtung in die Literatur hineinkommt, weil sie nur so gehört werden würde.

Die Lesungen erbrachten für beide Auffassungen Material. Wie ernst das Schreiben trotz der — auch von Wallraff behaupteten — „Hofnarrenstellung“ des Schriftstellers in der modernen Gesellschaft bewertet wird, ging aus der Bemerkung eines Hamburger Autors hervor, der berichtete, daß eine Weltfirma in ihren Arbeitsvertrag einen Passus aufgenommen hat, nach dem es dem Arbeitnehmer untersagt wird, über seinen Arbeitsplatz schreibend zu berichten.

Die vorgetragenen Texte der Autoren aus den Werkstätten Berlin, Düsseldorf, Essen, Hamburg, Köln, Mannheim, München und Tübingen hatten beachtliches Niveau. Das gilt sowohl für die formale wie die informative und inhaltliche Seite. Bemerkenswert war der hohe Anteil weiblicher Autoren und die Qualität ihrer Arbeiten. Bemerkenswert war ferner, daß eine Gruppe von Tübinger Ersatz-

dienstlern sich mit dem Werkkreis verbunden hat. Sie machten wahr, was Wallraff verlangte, nämlich über Arbeitsplatz und Arbeitsumstände zu berichten, ohne einen Blick in Richtung Kunst zu werfen. Sie lasen politische Aufsätze, dazu bestimmt, die unpolitischen Ersatzdienstleistenden auf die Widersprüche ihrer Haltung hinzuweisen und sie zu politisieren. Gleichzeitig informierten sie über den Mißbrauch ihrer Arbeitskraft.

Der Werkkreis hat zu einem zweiten Wettbewerb aufgerufen, in dem Reportagen, Berichte und Protokolle zum Thema „Wie ist mein Arbeitsplatz — wie könnte er sein“ gesucht werden. Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Schüler werden aufgefordert, einfach zu erzählen, was sie an ihrem Arbeitsplatz — und als ein solcher wird auch die Schule angesehen — beobachtet haben und welche Veränderungen sie dort und in ihrem Betrieb wünschen oder für möglich halten. *Einsendeschluß ist der 31. August dieses Jahres*. Die Arbeiten sind an den Werkkreis für Literatur der Arbeitswelt, Postfach Köln 180 227 zu senden. Insgesamt stehen 3000 DM für die zehn interessantesten Arbeiten zur Verfügung. Außerdem sollen die Texte auf öffentlichen Lesungen und in Buchform vorgestellt werden. Das Buch mit Arbeiten aus dem ersten Wettbewerb unter dem Titel „Ein Baukran stürzt um — Berichte aus der Arbeitswelt“ hatte Anfang dieses Jahres bereits starke Beachtung gefunden.

Anne-Marie Fabian